

# NEWSLETTER

## “SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC  
Mitglied der Dachorganisation SwissCham  
Regelmässig seit 1998

[www.swissbalticchamber.com](http://www.swissbalticchamber.com), [www.Tallinn.ch](http://www.Tallinn.ch)

Auf unserer Webseite finden Sie unter Swiss News Linkverbindungen zu aktuellen Themen in der Schweiz

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

e-mail: [swisschamber@sbcc.ee](mailto:swisschamber@sbcc.ee)

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

12 Seiten Datum: 30. 04. 2010

## ESTLAND

### Der Euro am Scheideweg – Hanseatische Werte versus Mediterranes Laissez-faire?

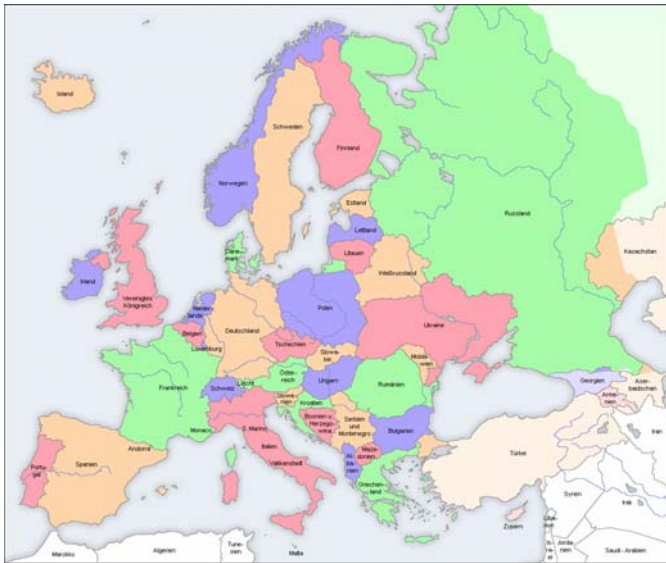


Ökonomisch geht ein Riss durch Europa. Denn es gibt hier zwei sehr prononcierte ökonomische Kulturen, die sich über Jahrhunderte entwickelt haben und selbst ein Jahrzehnt gemeinsame Währung weitgehend unverändert überstanden haben. Die eine dieser Kulturen wurzelt in der Historie, die andere im Klima. Im Norden handelt es sich um die hanseatische Kultur, die bewusst oder unbewusst in all jenen Regionen hochgehalten wird, die im späten

Mittelalter dem Kaufmanns- und Städtebund angehörten. Der Hanseat agiert nach den Grundsätzen des ehrbaren Kaufmanns, welche vor etwa 700 Jahren formuliert wurden. Dieses Ideal war in einer Zeit schwacher oder gar nicht existenter Nationalstaaten der gesellschaftliche Kitt Nord- und Mitteleuropas. Wenn ein Hanseat einen Kredit nicht zurückzahlen kann, dann ist das sein Problem: Er wird alles tun, um das Geld doch noch aufzutreiben. Zu dieser Kultur gehören grosso modo Skandinavien, das Baltikum, Polen, Norddeutschland, Belgien, die Niederlande, der Norden Frankreichs und Oberitalien.

Im Süden handelt es sich um die mediterrane Kultur. Eines der wesentlichen Kennzeichen dieser Zone ist die Abwesenheit dessen, was wir als Winter bezeichnen. Daraus resultiert eine geringere Neigung zu Sparen und Vorsorge als im Norden. Klar: Wer in Griechenland ohne Reserven in die Wintermonate geht, hat zwar ein ziemlich ungemütliches Leben vor sich – aber wer das Gleiche in Skandinavien versucht, hätte damit womöglich sein Leben hinter sich. Wenn ein Mediterraner einen Kredit nicht zurückzahlen kann, ist das das Problem des Gläubigers. Denn der muss alles tun, um sein Geld doch noch zurückzubekommen. Zu dieser Kultur gehören Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Zypern, Malta und der Süden Frankreichs.

Ökonomische Kulturen sind tief in Menschen, Familien und Gesellschaften verwurzelt. Sie ändern sich allenfalls graduell, und das im Zeitraum von Jahrzehnten. Eine solche Angleichung sollte durch den Euro bewirkt werden – schliesslich galt für alle Nationen der gleiche Leitzins der gleichen Europäischen Zentralbank. Doch was theoretisch hätte klappen können, führte in der Praxis zu einer genau gegenläufigen Entwicklung.



Der Norden, insbesondere der zentrale Hanse-Staat Deutschland, hätte ein wenig europäischer werden können. Er hätte etwas mehr Inflation zulassen und Löhne und Renten an die Entwicklung der Preise koppeln können statt wie bisher an die Produktivität. Aber man blieb hansisch, nahm hohe Realzinsen in Kauf und sanierte sich auf hartem Weg: Lohnzurückhaltung und Sozialabbau.

Auch der Süden hätte ein wenig europäischer werden können. Er hätte das Arbeitsrecht modernisieren oder das Finanzsystem entpolitisieren können – und mit den freigiebig dargebotenen

Krediten produktiv investieren können. Aber man blieb mediterran und nutzte die ungewohnt niedrigen Zinsen für eine schuldenfinanzierte Konsumsaure. Was als Investition verbucht wurde, war nichts anderes als das Aufpusten von Immobilienblasen.

Die Folge dieser Annäherungsverweigerung zeigt sich in den Leistungsbilanzen, die zeigen, ob ein Land mehr ausgibt, als es selbst erwirtschaftet. Diese pendelten bei den Euro-Ländern am Anfang des vorigen Jahrzehnts relativ nahe um die Nulllinie. Aber sie entwickelten sich in den Jahren seit der Euro-Einführung wieder dramatisch auseinander.

Deutschland, 2001 noch mit ausgeglichener Bilanz, legte bis 2007 ein Plus von 7,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor, die Niederlande stockten von 2,4 Prozent auf 8,7 Prozent auf. Das andere Extrem zeigte sich bei Spanien (-3,9 auf -10,0) und Griechenland (-7,2 auf -14,4). Ein ähnlicher Effekt zeigte sich in den Inflationsraten: In den Südstaaten Griechenland und Spanien stiegen die Preise im vergangenen Jahrzehnt um 31 beziehungsweise 36 Prozent, beim Stabilitäts-Spitzenreiter Deutschland um 17 Prozent.

Wenn Staaten mit gemeinsamer Währung sich so ins Ungleichgewicht stürzen, ist eine Krise unausweichlich. Jetzt ist sie da. Und während der Hanseat fragt: „Was kann ich tun, damit die Krise wieder vorbeigeht?“, seufzt der Mediterrane: „Wann ist die Krise endlich vorbei?“ Eine schlechte Voraussetzung, um doch noch zu einer gemeinsamen ökonomischen Kultur zu kommen. Denn dafür müsste der Süden jetzt auf nördliche Weise reagieren: Abbau der Sozialleistungen sowie sinkende Löhne, um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Unternehmen zu verbessern. Zu einem Minus von etwa 20 Prozent rät der US-Nobelpreisträger Paul Krugman im Falle Spaniens – das Land könne sich allenfalls aussuchen, ob es die Anpassung schockartig oder über zehn magere Jahre gestreckt vornehmen wolle. Die baltischen Staaten Estland und Lettland – beide traditionsreiche Hanse-Regionen – haben sich für diese Schock-Variante entschieden, mit etwa dreimal tieferen Einschnitten als Griechenland. Und bislang ist Spanien zu keiner Magerkur bereit.

Gleichzeitig müsste wiederum der Norden auf südliche Weise reagieren. Dafür müssten die Leistungsbilanzüberschüsse deutlich sinken: durch mehr Konsumausgaben, höhere Löhne oder höhere Verschuldung. Allerdings treibt die Aufforderung, mitten in der Krise auf Pump zu konsumieren, einem ordentlichen Deutschen die Zornesröte ins Gesicht. Das Trennende der ökonomischen Kulturen scheint sich also als stärker zu erweisen als das Vereinende der gemeinsamen Währung. Solche Kulturkonflikte lassen sich in einer Währungsunion nur schlecht aushalten, in einer politischen Union aber hervorragend. Wenn jedoch, wie derzeit, die europäische Politik sich zum Spielball der Finanzmärkte macht und von Krisentreffen zu

Krisentreffen schleppt, läuft sie Gefahr, zusammen mit dem wirtschaftlichen Porzellan auch das politische Tafelsilber zu zertrümmern.

### **In der Eurozone hat Estland das drittniedrigste Defizit**

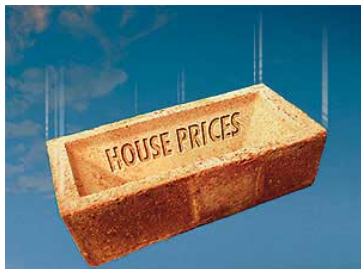


Das Defizit im Durchschnitt aller 27 EU-Staaten ist 2009 gegenüber dem Jahr davor um 2,3 auf 6,8 Prozent angestiegen. In der Eurozone gab es eine Erhöhung um 2,0 auf 6,3 Prozent. Das höchste Defizit im Vorjahr wurde nach den von Eurostat veröffentlichten Prognosen für Irland mit 14,3 Prozent vorausgesagt. Das ist noch höher als für Griechenland, das gegenüber früheren Einschätzungen von 12,7 nunmehr aber auf 13,6 Prozent kommt. Das vergangene Jahr hat für alle EU-Staaten ein Defizit gebracht. Es gibt keine

Überschüsse. Der Schuldenstand in der EU ist von 61,1 Prozent des BIP 2008 auf 73,6 Prozent 2009 gestiegen und in der Eurozone hat sich der Schuldenstand in diesem Zeitraum von 69,4 auf 78,7 Prozent erhöht. Nach Irland und Griechenland weist Grossbritannien mit 11,5 Prozent das dritthöchste Budgetdefizit auf, Spanien kommt auf 11,2 Prozent. Die niedrigsten öffentlichen Defizite weisen Schweden mit lediglich 0,5 Prozent, Luxemburg (0,7) und Estland (1,7) auf. Insgesamt verzeichneten 25 der 27 EU-Länder 2009 eine Verschlechterung ihres Finanzierungssaldos im Verhältnis zum BIP, nur Estland und Malta konnten sich verbessern.

Die niedrigsten Verschuldungsquoten wiesen im Vorjahr demnach Estland (7,2 Prozent des BIP), Luxemburg (14,5 Prozent) und Bulgarien (14,8 Prozent) auf. Die höchsten wurden von Italien (115,8 Prozent), Griechenland (115,1 Prozent), Belgien (96,7 Prozent) und Ungarn (78,3 Prozent) verzeichnet. Das Maastricht-Kriterium liegt bei 60 Prozent.

### **Immobilienpreise stabilisieren sich auf niedrigem Niveau**



Sie waren die grossen Gewinner des Wirtschaftsaufschwunges in der CEE-Region und des EU-Beitritts, nun sind sie die grössten Verlierer. Die Baltischen Staaten erlebten 2009 eine Rezession, die selbst die der Vereinigten Staaten in der grossen Depression der 1930-Jahre übertraf. Vor fünf Jahren, als die Balten in die EU aufgenommen wurden, gehörten Estland, Lettland und Litauen zu den am schnellsten wachsenden Ökonomien in Europa. Motor des Aufschwungs waren vor

allem der Immobiliensektor und die Bauwirtschaft.

Die Löhne stiegen jedes Jahr im zweistelligen Prozentbereich – wer konnte, kaufte sich eine neue Wohnung oder gleich ein Haus. Ein Beispiel für den einstigen enormen Aufschwung bringt eine Studie von RegioPlan. Mit einer Shoppingcenter-Dichte von über 400 Quadratmeter pro 1000 Einwohnern steht den Bewohnern von Estland etwa mehr Fläche zum Einkaufen zur Verfügung als Österreichern oder Schweizern. Allerdings entspricht die Kaufkraft dort bei Weitem nicht jener in Westeuropa.

Schon 2006 und 2007 warnten Analytiker, dass „die Party“ nicht ewig weitergehen werde. Das böse Erwachen samt Katerstimmung kam dann 2008 und ganz besonders 2009. Die grössten Veränderungen auf dem Immobilienmarkt gab es in der ersten Jahreshälfte 2009, als die Krise die Länder voll erfasste, die Unternehmen restrukturierten und die Kosten strikt nach unten schraubten. Zwischen 14 Prozent in Estland und 18 Prozent in Lettland fiel das Bruttosozialprodukt und riss die Immobilienmärkte ähnlich stark mit sich.

In Estlands Hauptstadt Tallinn kamen 2009 rund 30.000 Quadratmeter Bürofläche auf den Markt, 2008 waren es noch rund 100.000. Die schlechte Wirtschaftslage machte sich auch in den Leerstandsdaten bemerkbar, die auf fast 20 Prozent kletterten. Aktuell liegen die Mieten in Top-Projekten laut Colliers International in Tallinn zwischen 9,6 und 14,1 Euro pro Quadratmeter – der Grossteil kostet zwischen neun und zwölf Euro. Im lettischen Riga ist der Grossteil zwischen sieben und zwölf Euro angesiedelt, in Vilnius in Litauen zwischen 9,3 und 12,2 Euro. 2007 lagen die Spitzenmieten noch bei rund 20 Euro.

Die gesunkenen Einzelhandelsumsätze bis 19 Prozent führten auch dazu, dass sich Luxusmarken verabschiedeten oder ihre Flächen einschränkten. So hat laut Colliers International Armani seinen Laden in der Tallinner Einkaufsstrasse Rävåla geschlossen und wird stattdessen im April einen kleineren Shop in der Altstadt eröffnen.

Ausgestanden ist die Krise in den Baltischen Staaten noch nicht, aber die Situation stabilisiert sich – wenn auch auf niedrigstem Niveau. Für 2010 wird lediglich in Litauen mit einem zarten Wachstum gerechnet, die anderen Länder könnten weiterhin ein Minus im Bruttoinlandsprodukt erwirtschaften. Daher „erwarten wir 2010 keine signifikanten Änderungen im Real-Estate-Markt“, erklärt Ramune Askiniene, Direktorin von Colliers International in Litauen: „Der Immobilienmarkt wird von sehr vielen Faktoren beeinflusst, etwa von der Arbeitslosenzahl und der Inlandsnachfrage. Er wird einer der Letzten sein, die sich erholen.“ Für ihre Kollegin in Lettland, Olga Kozina, ist der Investmentmarkt noch ein Problem. „Der gegenwärtige Optimismus hat leider noch keine ausländischen Investoren in die Region gebracht.“ In der Krise waren die baltischen Märkte im Investmentbereich fast ausschliesslich für lokale Player von Interesse – und daran hat sich bislang noch nichts geändert.

### **Estland will Afghanistan Einsatz weiterführen**



Die baltische Republik Estland wird seinen militärischen Beitrag in Afghanistan solange leisten wie es sein muss, das versicherte Estlands Regierungschef Andrus Ansip am Donnerstag in Tallinn dem Allianzchef Anders Fogh Rasmussen. "Wir werden auch unsere Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufstocken", kündigte Ansip am Rande eines inoffiziellen NATO-Treffens auf der

Aussenministerebene in der estnischen Hauptstadt an.

Gegenwärtig leisten 160 estnische Soldaten und Offiziere am Hindukusch ihren Dienst. Seine ersten Militärs hatte Tallinn im Jahr 2003 nach Afghanistan entsandt. In dieser Zeit kamen sieben Militärs ums Leben, mehr als 30 Armeeinghörige wurden verletzt. Das zweitägige NATO-Forum wurde am Donnerstag in der estnischen Hauptstadt eröffnet. Neben den Aussenministern nahmen an dem Treffen ranghohe Delegationen von 45 Ländern teil, deren Militärs zur ISAF-Truppe in Afghanistan gehören.

### **Staat übernimmt von der SAS Mehrheitspaket von Estonian Air**



Die estnische Regierung liess verlauten, dass sie für zwischen 12,8 und 25,6 Mio. Euro der SAS einen Teil ihrer Aktien an der nationalen Fluggesellschaft Estonian Air abkaufen will. Dieser Schritt war nötig, um die bei Bombardier bestellten Flugzeuge auch bezahlen zu können. Die Aktionärsversammlung muss

diese Entscheidungen noch absegnen. Vermutlich wird der Vertrag von SAS und der Estnischen Regierung noch diese Woche unterschrieben, wonach der SAS ein Anteil von 34 Prozent verbleibt und dem Staat den Rest. Momentan hat die Investitionsbank Cresco einen Anteil von 17 Prozent, SAS 49 Prozent und der Staat 34 Prozent.

## Air Baltic expandiert im Tallinner Flughafen



Air Baltic will weiter ab Estland expandieren und nimmt zum 1. Juni eine neue Basis am Flughafen Tallin in Betrieb. Dort sollen mehrere Flugzeuge, eine Crew sowie Technikerteams stationiert werden, hiess es bei Air Baltic. CEO Bertolt Flick sieht einen deutlich unterbedienten Markt ab Tallin. Derzeit bietet die lettische Air Baltic sieben Nonstop-Flüge ab Tallin nach Turku, Lappeenranta, Tampere, Oulu, Riga, Vilnius und Stockholm an.

## Estland nimmt an der Transrussia Messe in Moskau teil



Die estnischen Logistik- und Transportfirmen haben auch dieses Jahr wieder an der Transrussia Messe in Moskau vom 27 – 30. April teilgenommen. Wegen der Krise um den Bronzesoldaten hatten die Transitverbindungen gelitten. Dies scheint sich jedoch langsam zu ändern, vor allem wegen dem Umstand, dass Estland eisfreie Häfen besitzt für den Warenumschatz aus Russland. Über 500 Firmen und Organisationen aus 31 Ländern, sowie 28.000 Besucher nehmen an der Messe teil. Estland stellt sich als Tor zwischen Europa und Asien dar, welche seriöse Lösungen auf dem Gebiet der Logistik und des Transports anbietet. Der Logistiksektor nimmt, aufgrund der geografischen Lage Estlands, eine wichtige Position in der estnischen Wirtschaft ein. Der Tallinner Hafen ist der grösste in der Ostseeregion sowohl in Bezug auf das Fracht- wie auch das Passagieraufkommen. Die estnische Eisenbahn ist die kürzeste Verbindung zwischen Nordeuropa und Russland. Der Tallinner Flughafen ist der nächst gelegene EU Flughafen für Asien. Die grössten estnischen Unternehmen im Transportbereich sind: Eesti Raudtee, Tallinna Sadam, Muuga CT und die Firmen des Paldiski Hafens.

## Grossbrand in Tallinn



Der Grossmarkt im Tallinner Stadtteil Nõmme ist in der vergangenen Nacht einem Grossbrand zum Opfer gefallen. Die neu renovierte Marktanlage wurde vollständig zerstört. Das historische Marktgebäude, welches unter Denkmalschutz stand, war für lediglich 320.000 Euro versichert und wurde vor wenigen Monaten für 1,3 Mio. Euro renoviert. Es wird derzeit untersucht ob es sich um eine Brandstiftung handelt. Gegen Mitternacht wurde dem Rettungszentrum mitgeteilt, dass es dort

brennt, worauf die Feuerwehr die ganze Nacht über löschte.

## LETTLAND

### „Der Tag an dem wir unsere Unabhängigkeit neu deklarierten“



Dies ist ein Artikel von Ojārs Kalniņš (links im Bild), dem Direktor des Lettland-Instituts (Latvijas Institute), welches vom lettischen Staat gegründet wurde, um eine breite Palette an Informationen über Lettlands Gesellschaft, Kultur und Geschichte zu bieten.

Vor zwanzig Jahren am 4. Mai 1990 haben 138 Abgeordnete des Obersten Rats der Sozialistischen Sowjet-Republik Lettland einer Erklärung zugestimmt, die die Lettische SSR für null und nichtig

erklärte. Zur gleichen Zeit haben sie die unabhängige Republik Lettland, die am 18. November 1918 gegründet worden war, wiederhergestellt. Da die Lettischen SSR im Jahre 1990 von Moskau als einen Teil der UdSSR betrachtet wurde, wurde diese Erklärung nicht sofort von den anderen Mächten anerkannt. In der Tat dauerte es weitere 15 Monate, bis die restaurierte Unabhängigkeit Lettlands von der Welt anerkannt wurde, und das geschah bloss, nachdem die UdSSR zusammengebrochen war und sich auflöste. Aber die Stimmabgabe für ein unabhängiges Lettland am 4. Mai 1990 war ein mutiger Schritt, der enorme politische Konsequenzen hatte und ein deutliches Zeichen an die Welt sandte, dass die alte UdSSR schnell die Kontrolle verlor über das, was Ronald Reagan einst das Imperium des Bösen nannte.

Zum Beispiel wurde der lettische Oberste Rat durch sowjetische Wahlen im März 1990 neu gewählt, und zum ersten Mal in der sowjetischen Geschichte, war die Mehrheit seiner Abgeordneten nicht mehr loyal zur Kommunistischen Partei. Sie haben nicht nur die Unabhängigkeit Lettlands begünstigt, sondern erinnerten die Welt daran, dass die sowjetische Herrschaft in Lettland seit 1940 illegal sei. Durch die erneute Deklaration der Unabhängigkeit Lettlands begann die Dekonstruktion dieser illegalen Herrschaft und die Wiederherstellung der rechtmässigen Verfassung, Institutionen und Werte des souveränen lettischen Staates, der erstmals 1918 gegründet worden war.

Es war ein unglaublich emotionaler Tag in Lettland am 4. Mai, vor allem auf dem Platz vor dem Parlament, der zum Überlaufen gefüllt war mit Tausenden von Gratulanten. Als aus dem Gebäude des Parlaments die 138 Abgeordneten, die mit "Ja" gestimmt hatten, auftauchten, wurden sie von Tränen, Jubel und Ovationen aus der riesigen Menschenmenge empfangen. Drei Tage nach dieser Erklärung, am 7. Mai, wählte der Oberste Rat Ivars Godmanis zu seinem Vorsitzenden und Ministerpräsidenten. Nach weniger als 3 Monaten, am 31. Juli 1990, sassen Ivars Godmanis und sein Aussenminister Jānis Jurkāns im Oval Office des Weissen Hauses in Washington DC im Gespräch mit dem Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush. Sie sprachen über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands. Für alle, die unter dem Alter von 20 Jahren ist es fast unmöglich, sich vorzustellen, wie das Leben in Lettland unter sowjetischer Herrschaft war. Es ist auch schwer vorstellbar, dass im Jahr 1990, abgesehen von einigen patriotisch begeisterten Menschen in Lettland, Litauen und Estland, es fast niemanden auf diesem Planeten gab, der sich eine Welt ohne die Sowjetunion vorstellen konnte.

Und doch 15 Monate später, haben nicht nur die kämpferischen baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland wieder ihre volle Unabhängigkeit, sondern auch 12 weitere Ex-Sowjetrepubliken schüttelten ihr Joch ab. Unter ihnen war ein Land, das wir heute als die Russische Föderation kennen. Russland, in verschiedenen politischen Erscheinungen, gibt es schon seit Jahrhunderten, aber die Russische Föderation wurde am 26. Dezember 1991 gegründet. Das macht die Republik Lettland - gegründet im Jahre 1918 und restauriert im Jahre 1991, um 73 Jahre älter als seinen prominenten Nachbarn im Osten. Während Riga und Moskau manchmal über die Details der Geschichte sich nicht einig sind, glaube ich, dass durch Lettlands Unabhängigkeitserklärung vor 20 Jahren am 4. Mai 1990, wir es auch etwas einfacher gemacht haben für Russland, *seine* Unabhängigkeit ein Jahr später zu erreichen.

### **Parallelen zwischen Lettland und Griechenland**

Griechenland ist nicht das einzige europäische Land, das Hilfen vom IWF in Anspruch nimmt. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 wurden bereits neun europäische Staaten unterstützt - darunter drei EU-Länder. Dazu gehören: Ungarn, Ukraine, Island, Lettland, Weissrussland, Rumänien, Serbien, Bosnien und Moldawien. Neu an Griechenland ist nur, dass es das erste Euroland ist, das Geld aus Washington bekommt. Der IWF knüpft seine Kredite an harte Bedingungen. So wird von den Staaten stets verlangt, dass sie ihre

Ausgaben zusammenstreichen, indem Staatsdiener entlassen sowie Renten und Beamtgehälter gekürzt werden. Die Konsequenzen sind sofort spürbar: Die Wirtschaft schrumpft, die Löhne fallen auch in der Privatwirtschaft, die Arbeitslosigkeit schießt in die Höhe. Prototypisch zeigt sich dieses Problem in Lettland, das von IWF, EU und anderen Geldgebern wie Schweden Hilfen in Höhe von 7,5 Milliarden Euro erhielt. Durch die verlangten Kürzungsprogramme brach die Konjunktur im vergangenen Jahr um 18 Prozent ein - während sich die Arbeitslosenquote auf 22,8 Prozent verdreifachte.

Lettlands Problem erinnert durchaus an Griechenland: Nach dem EU-Beitritt 2004 war es plötzlich möglich, billige Darlehen aufzunehmen. Vor allem schwedische Banken verliehen gern Geld zu günstigen Konditionen. Verführt durch die billigen Kredite kauften die Letten ungehemmt - vor allem Autos und Immobilien. Kurz vor der weltweiten Finanzkrise platzte dann diese Blase. Wie in Griechenland ist der harte Sparkurs auch in Lettland umstritten: Im März brach die Regierungskoalition auseinander. Links im Bild Proteste wegen der Kürzung der Bildungsausgaben in Lettland. Bis zu den Neuwahlen im Oktober amtiert jetzt ein Minderheitenkabinet. Noch immer ist ein Staatsbankrott nicht ausgeschlossen. Da Lettland nicht im Euro ist, könnte es einfach beschliessen, die Landeswährung Lats abzuwerten. Konsequenz: Die Kredite in ausländischer Währung liessen sich nicht mehr bedienen - gleichzeitig würde sich die Wettbewerbsfähigkeit Lettlands deutlich verbessern. Den Nachteil hätten vor allem die schwedischen Banken, denn sie müssten ihre lettischen Kredite abschreiben.



Links im Bild Proteste wegen der Kürzung der Bildungsausgaben in Lettland. Bis zu den Neuwahlen im Oktober amtiert jetzt ein Minderheitenkabinet. Noch immer ist ein Staatsbankrott nicht ausgeschlossen. Da Lettland nicht im Euro ist, könnte es einfach beschliessen, die Landeswährung Lats abzuwerten. Konsequenz: Die Kredite in ausländischer Währung liessen sich nicht mehr bedienen - gleichzeitig würde sich die Wettbewerbsfähigkeit Lettlands deutlich verbessern. Den Nachteil hätten vor allem die schwedischen Banken, denn sie müssten ihre lettischen Kredite abschreiben.

Landeswährung Lats abzuwerten. Konsequenz: Die Kredite in ausländischer Währung liessen sich nicht mehr bedienen - gleichzeitig würde sich die Wettbewerbsfähigkeit Lettlands deutlich verbessern. Den Nachteil hätten vor allem die schwedischen Banken, denn sie müssten ihre lettischen Kredite abschreiben.

### **Der kritische lettischer Verleger Grigorijs Nemcovs ermordet**



Der Publizist, Herausgeber der regionalen Tageszeitung "Million" und Eigentümer einer gleichnamigen lokalen Fernsehstation ist offenbar Opfer eines Auftragsmordes geworden. Der Täter schoss Nemcovs (links im Bild) aus kurzer Entfernung zweimal in den Kopf, als der Medienunternehmer auf dem Weg zu einem Treffen war.

"Wir sind schockiert und überrascht über den Tod des Verlegers. Der mit bemerkenswerter Professionalität ausgeführte Mord ist unverständlich. Die Motive müssen geklärt werden", so die Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen. "Wir fordern die lettischen Behörden auf, die Ermittlungen nicht einzustellen, bevor die Drahtzieher des Verbrechens identifiziert worden sind."

Grigorijs Nemcovs wurde gegen 17 Uhr getötet. Der Täter lauerte Nemcovs offenbar auf, der auf dem Weg in ein Café auf der Lacplesa Strasse in der Nähe der Universität von Daugavpils war. Bisher hat die Polizei noch keinen Verdächtigen identifiziert.

Die von Nemcovs im Jahr 1995 gegründete, derzeit grösste lettische russischsprachige Regionalzeitung "Million" ist für investigative Berichte über Korruption in der Politik und Missmanagement bekannt. Nemcovs war zugleich stellvertretender Bürgermeister von Daugavpils und unterstützte die Bürgerrechtsbewegung "Latgales Tauta" ("Nation von Latgale"). Nemcovs hatte bereits im Jahr 2007 Morddrohungen erhalten, und sein Haus wurde in Brand gesteckt. Die Täter wurden nie ermittelt. Im Jahr 2000 hatten zudem Unbekannte den Verleger überfallen. Zuletzt wurde in Lettland im Jahr 2001 ein investigativer Journalist ermordet. Gundars Matiss, ehemaliger Mitarbeiter der Tageszeitung "Kurzemes Vards" der Region Liepaja, starb damals an den Folgen eines brutalen Überfalls.

## Verschiedene Strategien aus der Krise



Lettlands Zentralbankchef Ilmārs Rimšēvičs (links im Bild) erklärte, Lettland benötige für seine wirtschaftliche Erholung keine Kleinunternehmer wie Saunabesenhändler. Die Tageszeitung „Latvijas Avīze“ widerspricht dieser Äusserung: „In der hoch entwickelten Wirtschaftsnation Deutschland reden Staats- und Bankenchefs anders: Kleinunternehmen seien der Motor der deutschen Wirtschaft! Deren erfolgreiches Agieren hat es den Deutschen ermöglicht, einigermaßen unbeschadet durch die Krise zu kommen. Während die Autoindustrie stehen geblieben ist, haben die Kleinen den Abschleppdienst geleistet. Oft heisst es bei uns, die Rettung müsse durch irgendeine Wunderwaffe kommen, ein mystisches zweites Nokia.

... Und wenn man es nicht schafft, sich ein neues Nokia auszudenken, lohnt es sich auch gar nicht erst, einen Finger zu rühren. Aber es ist eine bekannte Tatsache, dass Nokia anfangs nichts anderes als ein Gummiwarenhersteller war. Und wenn man sich wie Rimšēvičs über Saunabesenhersteller lustig macht, ist zu befürchten, dass wir uns nur noch tiefer im Wald verirren.“

## Vorwurf der Korruption am lettischen Konsul in Georgien



Der lettische Konsul in Georgien, Gundegas Smutengas, steht nach Berichten georgischer Medien unter dem Vorwurf der Korruption. Er soll Visa erteilt haben, wenn ihm georgische Staatsbürger als Gegenleistung Juwelen oder teure Geschenke gemacht haben. Ein lettischer Fernsehsender berichtete darüber. In der vergangenen Woche hatte das lettische Aussenministerium seinen Konsul aus Georgien abberufen, nachdem diese Vorwürfe publik gemacht worden waren. Auslöser war eine öffentlich vorgetragene Klage eines georgischen Staatsbürgers, dessen Antrag auf Erteilung eines Visums ohne Angaben von Gründen zurückgewiesen worden war. Dieser hatte sich darüber beschwert, dass er dem Konsul ein teures Geschenk machen sollte.

## Der Lette Ernests Gulbis bezwingt die Weltnummer 1



Roger Federer ist der Auftakt in seine Sandplatz-Saison beim Masters Turnier in Rom gründlich missraten. Nach hartem Kampf verlor er 6:2, 1:6 und 5:7 gegen den Letten Gulbis. Bereits beim Stand von 3:5 im 3. Satz musste Federer die ersten Matchbälle abwehren. Er schaffte zwar nochmals mit viel Glück den Ausgleich zum 5:5, doch die Wende gelang ihm nicht mehr. "Gulbis hat das Spiel dominiert", anerkannte Federer. "Mein Aufschlag hat nicht funktioniert, zudem konnte ich mein Spiel von der Grundlinie nicht richtig aufbauen." Federer beging im Römer Nieselregen nicht weniger als 38 unerzwungene Fehler. Trotzdem bleibt Federer optimistisch: "Manchmal braucht es solche Spiele, damit ich wieder aufwache".

## LITAUEN

### Litauens Weg aus der Krise ohne IWF Diktat



Eigentlich war Algirdas Kvedaravičius (links im Bild), der stellvertretende Vorsitzende der grössten litauischen Gewerkschaft, gerade dabei, eine lange Liste sozialer Grausamkeiten aufzuzählen, unter denen die Litauer leiden, als er diesen Satz sagt, bei dem man im ersten Moment glaubt, sich verhöhrt zu haben: „Der Dialog der Regierung mit uns Gewerkschaften läuft gerade so gut wie nie zuvor.“ Anfang 2009 sah das noch ganz anders aus. Die Mitte-rechts-Regierung von

Ministerpräsident Andrius Kubilius hatte in den ersten beiden Monaten im Amt ein hartes Sparprogramm und eine Reihe drastischer Steuererhöhungen beschlossen. Dagegen hatten die Gewerkschaften für den 16. Januar zu einer Demonstration aufgerufen, die mit fast 10.000 Teilnehmern eine der grössten Kundgebungen seit der litauischen Unabhängigkeitsbewegung wurde. Doch es lag nicht daran, dass sie heute als Wendepunkt wahrgenommen wird, sondern daran, dass sich aus ihr rings um das Parlament gewaltsame Auseinandersetzungen entwickelten. Auf dem Platz, auf dem genau 18 Jahre zuvor, in den Januartagen 1991, Hunderttausende Litauer ihr frei gewähltes Parlament als lebende Schutzmauer gegen sowjetische Panzer verteidigt hatten, setzten litauische Polizisten Tränengas und Gummikugeln gegen litauische Randalierer ein, die versuchten, das Parlament zu stürmen.

Diese Bilder versetzten das Land in einen Schockzustand. Darüber, wie sie auf wen gewirkt haben, gibt es unterschiedliche Ansichten - Algirdas Kvedaravicius sagt, damals habe die Regierung verstanden, dass sie ihr Sparprogramm nicht allein durchsetzen könne, sondern dass sie auf die Gesellschaft zugehen müsse. Der damalige Arbeitsminister Rimantas Dagys hingegen sagt, die Ausschreitungen seien „für die Gewerkschaften eine kalte Dusche“ gewesen: „Sie haben damals verstanden, dass solche Demonstrationen niemandem helfen, dass davon auch nicht mehr Geld in die Kassen kommt.“

Über das Resultat dieses Umdenkens aber herrscht Einigkeit: Nach den Unruhen begannen ernsthafte Gespräche zwischen Regierung, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Sozialverbänden. Sie führten zu einer im Herbst 2009 von allen Seiten unterzeichneten „Nationalen Übereinkunft“, in der sich die Regierung verpflichtet, die Sozialpartner in allen sie betreffenden Fragen zu konsultieren und in der die Verbände das Ziel der Regierung unterstützen, die Staatsfinanzen in der Krise zu konsolidieren. In dem Text werden einzelne Punkte genau geregelt - etwa der Verzicht auf weitere Steuererhöhungen.

Die Wirtschaftskrise hat Litauen ebenso hart getroffen wie das Nachbarland Lettland und Ungarn, deren Staatshaushalte Ende 2008 und Anfang 2009 mit Hilfe von Darlehen der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) stabilisiert wurden. Die litauische Wirtschaft ist 2009 um 15 Prozent geschrumpft, die Arbeitslosigkeit schnellte innerhalb weniger Monate auf 18 Prozent hoch, die Staatseinnahmen gingen um fast 20 Prozent zurück. Aber um internationale Hilfe hat Litauen, anders als Griechenland, bisher nicht ersucht.

Beobachter hielten am Anfang der Krise einen Bittgang zum IWF für unvermeidlich

Manche Beobachter hatten am Anfang der Krise einen Bittgang zum IWF für unvermeidlich gehalten, aber die Regierung habe sich bewusst dagegen entschieden, sagt der ehemalige Arbeitsminister Dagys. Sie habe sich stattdessen für harte Sparmassnahmen entschieden, denn „langfristig ist das Vertrauen in einen Staat grösser, der in der Lage ist, seine Probleme selbst zu lösen.“ Ausserdem habe die Regierung sich nicht einem Diktat des IWF unterwerfen wollen, der bei der Sanierung von Staatsfinanzen eher „buchhalterische Lösungen“ suche, aber die langfristige wirtschaftliche Entwicklung vernachlässige. Um das zu erreichen, hat sie einen Sparkurs eingeschlagen, der härter war als in jedem anderen EU-Land.

Als die Regierung damit Ende 2008 wenige Tage nach Amtsantritt begann, schlug ihr heftige Kritik entgegen. Die meisten Litauer spürten von der Krise damals noch nichts. Die sozialdemokratische Vorgängerregierung hatte vor der Parlamentswahl im Oktober 2008 beschlossen, die Staatsausgaben 2009 sogar um 1,5 Prozent zu steigern, obwohl die Wirtschaftsleistung schon zurückging. Das erste Krisenpaket der Mitte-Rechts-Koalition aus Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen, das die neue Mehrheit in einer 22 Stunden dauernden Parlamentssitzung durchpeitschte, wurde als „nächtlicher Steuerputsch“ und „Todesstoss“ für die litauische Wirtschaft bezeichnet - während einige führende Sozialdemokraten noch immer behaupteten, eine Krise gebe es vor allem im Kopf des Ministerpräsidenten.

Gekürzt wurden unter anderem die Gehälter der Staatsbediensteten um bis zu einem Drittel.

„Wir können uns mit Lohnkürzungen natürlich niemals abfinden“, sagt der Gewerkschafter Algirdas Kvedaravicius. Dennoch sei der Dialog mit der Regierung richtig gewesen - schliesslich habe die Regierung in der „Nationalen Übereinkunft“ sich von den Gewerkschaften im Gegenzug zu deren Zugeständnissen ein „Halsband“ anlegen lassen. Und er macht deutlich, dass die Harmonie nicht ewig währen wird: „Wir sind ja keine Idioten, wir verstehen, dass gespart werden muss“, sagt er, „aber die Regierung muss erklären, wann und wie die Einbussen, die die Leute hingenommen haben, wieder ausgeglichen werden.“

„Anfang der neunziger Jahre war es noch schlimmer“, antwortet Rimantas Dagys auf die Frage, weshalb die Litauer trotzdem ruhig geblieben sind - nachdem er zuvor pflichtschuldig die vertrauensbildende Arbeit seiner Regierung gelobt hat. Damals brach die Wirtschaft nach dem Ruin der Sowjetunion fast vollständig zusammen. „Unsere Leute sind widerstandsfähiger und flexibler als diejenigen, die sich an Komfort gewöhnt haben.“ Auch wenn die litauische Wirtschaft im ersten Quartal dieses Jahres noch geschrumpft ist, sieht die Regierung die Talsohle durchschritten. Sie hält daran fest, dass Litauen dank seiner Sparpolitik in der Lage sein werde, 2014 den Euro einzuführen - mit vollkommenen echten Statistiken und dem erbrachten Beweis für solide Haushaltsführung.

### **Das Handelsbilanzdefizit der baltischen Staaten mit Deutschland hat sich 2009 deutlich verringert**



Neben den gegenseitigen Investitionstätigkeiten unterhalten Deutschland und die baltischen Staaten traditionell sehr intensive Aussenhandelsbeziehungen. Allerdings zeigen die Finanzkrise und der Konjunkturabschwung entsprechende Auswirkungen, so dass der Warenaustausch zuletzt nachgelassen hat. Mit einem Wert von rund 5,3 Mrd. EUR fiel das Handelsvolumen zwischen den drei Ostseeanrainern und Deutschland um rund 28 Prozent geringer aus als noch im Vorjahr. Die deutschen Exporte in die baltischen Staaten sanken im Vergleich zum Vorjahr um etwas mehr als 37 Prozent auf 3,3 Mrd. EUR, die Einfuhren aus Estland, Lettland und Litauen nahmen mit 2,0 Mrd. EUR. dagegen nur um rund 3 Prozent ab. Das Handelsbilanzdefizit der baltischen Staaten hat sich damit gegenüber den Vorjahren deutlich verringert. Im Saldo weist die Handelsbilanz einen Überschuss zugunsten Deutschlands von rund 1,5 Mrd. EUR aus. Für die baltischen Staaten stellt Deutschland damit einen der wichtigsten Handelspartner dar – und wird es auch in Zukunft bleiben. Denn trotz der derzeit angespannten wirtschaftlichen Situation ist in Estland, Lettland und Litauen nach wie vor Nachfrage nach deutschen Produkten und Dienstleistungen vorhanden, die sich mit zunehmender Aufhellung der Konjunktur mittelfristig wieder dem Vorkrisenniveau annähern wird. Umgekehrt nimmt aber insbesondere das Interesse von baltischen Firmen an Deutschland gerade im Umfeld der aktuellen Krise merklich zu. Angesichts der rückläufigen Inlandsnachfrage entwickeln Unternehmen aus Estland, Lettland und Litauen verstärkt Exportanstrengungen. Deutschland als der grösste Absatzmarkt in Europa ist dabei eines der Hauptzielländer. Die Waren- und Dienstleistungsausfuhren in die Bundesrepublik sind seit dem EU-Beitritt der baltischen Staaten im Mai 2004 um mehr als 20 Prozent angestiegen und nehmen auch trotz des leichten Rückgangs im Vorjahr ein immer grösseren Anteil am Gesamtexportaufkommen von Estland, Lettland und Litauen ein.

Quelle: DBHK-Konjunkturumfrage 2010 [www.ahk-balt.org](http://www.ahk-balt.org)

### **Blamage für die litauische Justiz**



Der mutmassliche Mörder zweier Mitglieder eines vermuteten Pädophilie-Netzwerks ist Ende vergangener Woche in Litauen tot aufgefunden worden. Der Fall von Selbstjustiz des 37-jährigen Drasius

K., dessen zwölfjährige Tochter Opfer von Kinderschändern in einflussreichen Positionen geworden war, hatte vergangenen Herbst in Litauen für grosses Aufsehen gesorgt. Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė übte damals heftige Kritik an der mangelnden Tätigkeit der Behörden.

Nun droht der Fall erneut zu einer Blamage für die litauische Justiz zu werden. Obwohl Verwandte des Toten bereits öffentlich bestätigt hatten, K. einwandfrei identifiziert zu haben, dauerte es bis zum Donnerstag, ehe eine offizielle Bestätigung kam. Als vorläufige Todesursache des mutmasslichen Doppelmörders wurde einmal Ersticken, einmal Erfrieren angegeben. Die Verwandten gehen davon aus, dass K. seinerseits ermordet wurde. Eine neben K.s Leiche gefundene Schnellfeuerpistole wurde mittlerweile eindeutig als die Tatwaffe im Doppelmord vom Oktober identifiziert.

Die oberste Anklagebehörde in Vilnius prüft nach Angaben der litauischen Nachrichtenagentur ELTA die Abberufung des Kaunaser Generalstaatsanwalts Kestutis Beringis. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, die Ermittlungen nach dem Verschwinden von K. nach dem Doppelmord und die Suche nach dem Verdächtigen verschleppt zu haben.

K. hatte vermutlich am 5. Oktober einen Kaunaser Richter auf offener Strasse erschossen und die offenbar als Vermittlerin von Kindern an Pädophile tätige Schwester seiner Ex-Freundin ebenfalls ermordet. Davor hatte K. auch im Internet versucht, auf den Fall aufmerksam zu machen. In dem vermuteten Pädophilie-Ring sollen sich weitere einflussreiche litauische Politiker und Geschäftsleute Mitglieder sein.

## **Deutsche Unternehmen fordern weniger Korruption und eine effizientere Verwaltung**



Deutsch-Baltische Handelskammer  
in Estland, Lettland, Litauen

Die Deutsch-Baltische Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK) hat die Ergebnisse ihrer jährlichen Umfrage an insgesamt 102 deutschen Unternehmen vorgestellt, davon

waren 28 in Estland, 50 in Lettland und 24 in Litauen. „Die Regierungen der baltischen Staaten sind in der gegenwärtigen Situation gut beraten, den Unternehmen solide und verlässliche Rahmenbedingungen für deren unternehmerische Entscheidungen und Planungen bereit zu stellen. Damit der Brückenschlag zum nächsten Aufschwung gelingt, sind sowohl mehr politische Kontinuität als auch wirtschaftliche Stabilität notwendig“, betont DBHK-Vizepräsident Jörg Tumat bei der Vorstellung der Ergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz am 28. April 2010 in Riga. Gefordert wird von den deutschen Unternehmen insbesondere ein klarer und berechenbar wirtschaftspolitischer Kurs, mit dessen Hilfe die Wettbewerbsfähigkeit der Länder erhöht und ein langfristig stabiles und nachhaltiges Wachstum in den baltischen Staaten sichergestellt werden sollte. Ein Dauerkritikpunkt ist der Umgang mit Behörden: Neben der Effizienz der öffentlichen Verwaltung ist es vor allem die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, die aus Sicht der deutschen Unternehmen noch verbesserungsfähig erscheint. Kritisch zeigen sich die deutschen Unternehmen auch gegenüber den Ausschreibungsmodalitäten der öffentlichen Hand sowie dem Zugang zu staatlichen und EU-Fördermitteln. Ein weiteres Problemfeld bleibt der Arbeitsmarkt. Zwar können die Unternehmen bei ihren geplanten Einstellungen von den im Vergleich zu den Vorjahren deutlich niedrigeren Lohnkosten und den wieder in grösserer Anzahl an Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Fachkräften profitieren. Relativiert werden die Vorteile aber durch die aus Unternehmersicht mangelnde Flexibilität der arbeitsrechtlichen Regelungen und die unzureichende Qualität des Berufsausbildungssystems. Gefordert werden daher insbesondere eine Reform des Arbeitsrechts und eine praxisorientierte Anpassung der Ausbildungssysteme an die Bedürfnisse der Unternehmen. Ebenso empfohlen werden aktive

Arbeitsmarktmassnahmen – nicht zuletzt auch um stark ansteigende Arbeitslosigkeit und die wieder zunehmende Abwanderung von Arbeitskräften einzudämmen.

Quelle: DBHK-Konjunkturumfrage 2010 [www.ahk-balt.org](http://www.ahk-balt.org)

### **Litauen mit Atomstrom aus der Energie-Unabhängigkeit von Moskau**



"Vom Standpunkt der Energiesicherheit her sind wir in einer ganz prekären Lage", äusserte der litauische Botschafter in Deutschland, Mindaugas Butkus (links im Bild). Polen plant ein gemeinsames Kraftwerk mit den drei baltischen Staaten. Hintergrund ist die Abhängigkeit der Region von russischen Importen. Litauen musste jüngst auf Druck der EU sein altes Kraftwerk Ignalina abschalten, das als Sicherheitsrisiko galt. Damit ist man im Grunde vollständig auf Moskau angewiesen, da bislang Leitungen zu den EU-Nachbarn fehlen, etwa nach Skandinavien. Die EU fördert derzeit die Netzintegration des Baltikums.

Polen plant derzeit die ersten Kernkraftwerke. Eines soll in der Nähe Danzigs den Betrieb aufnehmen, ein anderes in Krzymow, etwa 200 Kilometer entfernt von Berlin. Die Energieproduktion ist für 2020 geplant. Jedes AKW soll mehr als 60 Jahre laufen.

15 von 27 EU-Mitgliedsstaaten produzieren heute Atomenergie. Einige europäische Länder kündigen neue Atommeiler an. Stellt sich also die Frage: Erlebt die Kernkraft in Europa ein Comeback?

Severin Fischer, Energieexperte des Instituts für Europäische Politik Berlin (IEP), erkennt bislang nur eine "rhetorische Renaissance" der umstrittenen Technologie. Tatsächlich gebe es nur sehr wenige Projekte, die in den kommenden Jahren verwirklicht werden könnten. In diesem Jahrzehnt sei eher damit zu rechnen, dass der Anteil von Atomstrom am EU-Energiemix abnehme. Zwischen Planung und Umsetzung von Projekten vergehen oft Jahrzehnte. Oft bleibt es bei der Ankündigung. Langfristig könne man jedoch nicht ausschliessen, dass viele Mitgliedstaaten auf Atomenergie setzen, um ihre Klimaziele zu erreichen. Italien und Russland haben zu Beginn der Woche eine umfangreiche Nuklear-Partnerschaft vereinbart. Der grösste italienische Stromversorger Enel und der russische Energiekonzern Inter RAO werden gemeinsam ein neues Atomkraftwerk in Kaliningrad entwickeln. Der Start ist zwischen 2016 und 2018 geplant. Der Strom soll nach Russland und Osteuropa fliessen. Grundlage ist eine neue Technologie des italienischen Partners Enel. Russlands Ministerpräsident Wladimir Putin bietet zugleich finanzielle und technologische Hilfe bei der Wiedereinführung der Kernenergie in Italien an. Man könne Brennstoff liefern und die Entsorgung der atomaren Abfälle übernehmen. Letzteres könnte zu Streit mit der EU führen. EU-Energiekommissar Günther Oettinger will den Atommüll-Export in Drittländer künftig verbieten.

Italien ist 1987 nach einer Volksabstimmung aus der Atomenergie ausgestiegen. Die Regierung Berlusconi hat Ende 2009 den Wiedereinstieg beschlossen. 2013 soll mit dem Bau des ersten Meilers begonnen werden. 2030 sollen Kernkraftwerke rund ein Viertel des Stroms in Italien liefern. Offen ist bisher die Standortfrage.